

Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« ist bis heute der Leitsatz der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, der aus dem ersten Grundsatzpapier von 1976 stammt, das bei der Gründungsversammlung am 10. Juni 1976 in der FABRIK in Hamburg verabschiedet wurde. Folgendes Zitat einer Passage aus diesem Papier belegt das Verständnis von »Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik«: »Zunehmend wird auch erkannt, dass Kultur nicht reiner Überbau ist, bloße Verzierung des Alltags, ideologische Idealisierung von Lebenszusammenhängen durch die Beschwörung des Guten, Wahren und Schönen, vielmehr selbst ein produktives Element gesellschaftlicher Zustände sein kann. (...) Kulturarbeit muss der Entfaltung und Entwicklung sozialer, kommunikativer und ästhetischer Möglichkeiten und Bedürfnisse aller Bürger dienen.«

Drei wesentliche Elemente der »Neuen Kulturpolitik« als Gesellschaftspolitik kommen hier zum Ausdruck:

- Das Verhältnis von Kultur und Gesellschaft ist konstitutiv für die Begründung und Ausrichtung von Kulturpolitik. Bei Kulturpolitik geht es um gesellschaftliche Wirkung.
- Kultur ist für alle da, ihr soll nichts Elitäres anhaften.
- Das »Bürgerrecht Kultur« fordert vom Staat und der öffentlichen Hand, Kunst und Kultur zu schützen und zu fördern. Auf die kulturellen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ist einzugehen.

Mit Dankbarkeit und mit einem gewissen Stolz können wir heute feststellen, dass die Neue Kulturpolitik Wirkung gezeigt hat. Stolz und dankbar können wir auch sein, dass die *Kulturpolitische Gesellschaft* innerhalb von 30 Jahren auf rund 1.400 Mitglieder angewachsen ist. Wir konnten in den vergangenen drei Jahrzehnten ein Verständnis von Kulturpolitik durchsetzen, das von den Grundbegriffen »Partizipation« und »Offenheit« geprägt ist. Das »Bürgerrecht Kultur« und »Kultur für alle« sind zu weitgehend anerkannten Leitzielen kulturpolitischen Handelns geworden. Die traditionellen Kultureinrichtungen haben zeitgemäße Vermittlungsformen entwickelt und neue Bevölkerungsgruppen gewonnen. Freie gemeinnützige Kultureinrichtungen und

privatwirtschaftliche Kulturangebote bilden mit den öffentlichen Kulturinstituten eine vielgestaltige Kulturlandschaft.

Wir haben viel erreicht, doch reicht uns das? Wie ist unser Leitsatz »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« mit Blick auf das vor uns liegende nächste Jahrzehnt neu zu interpretieren? Wie lässt sich Kulturpolitik begründen im Wechselverhältnis von Gesellschaft, Individuum und Staat? Welche Kulturpolitik ist heute im Kulturstaat Deutschland zeitgemäß und zukunftsweisend? Diesen Fragen möchte ich nach einem schlaglichtartigen Rückblick auf die drei zurückliegenden Jahrzehnte nachgehen, um schließlich das Leitbild des »aktivierenden Kulturstaates« für eine zukunftsgerichtete »Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik« zu erläutern.

Die Neue Kulturpolitik ist in die Jahre gekommen. Sie ist älter geworden, nicht mehr so alternativ, sondern längst etabliert. Kulturpolitik ist keine APO, keine bezahlte außerparlamentarische Opposition, sondern steht heute im Zentrum von Aufmerksamkeit, auch in den Medien. Ja wir nennen unseren Staat heute nicht mehr nur Sozialstaat, sondern immer häufiger Kulturstaat. Die Neue Kulturpolitik ist daher vielleicht sogar schon eine alte Kulturpolitik.

Rückblick auf drei Jahrzehnte

Kulturpflege

Zwanzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg war der Leitbegriff der Kulturpolitik die staatliche »Kulturpflege«: Hegen und Pflegen des Schönen, Wahren und Guten. Kultur wurde darin als ein sich von Natur und Zivilisation unterscheidender Gesellschaftskomplex angesehen.

Es war nur folgerichtig, dass ausgehend von der 68er-Bewegung auch die traditionellen Kulturinstitutionen aufgebrochen werden sollten: Kulturpolitik sollte nicht mehr länger auf die Bedienung des Establishments ausgerichtet, sondern als ein gesellschaftlicher Faktor definiert werden. Es wurde nicht nur hinterfragt, welche gesellschaftliche Rolle Bildung, Wissenschaft und Kunst haben, sondern es wurde als eine kulturelle Fragestellung angesehen, wie die Menschen leben und arbeiten. Die alte Dreiteilung

Dr. Oliver Scheytt ist Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft und Dezernent für Bildung und Kultur der Stadt Essen.



Natur, Zivilisation und Kultur wurde aufgehoben, ein weiter Kulturbegriff fand Eingang in die kulturpolitische Reflexion. Der neue Leitbegriff hieß »Kulturarbeit«.

Kulturarbeit

Vor diesem Hintergrund wurde Soziokultur als ein neues Politikfeld etabliert. In der Kulturpolitik sollte

Letztlich ist das Verhältnis der allerorten zu beobachtenden Kultureventmaschinerie zu einem soziokulturellen Kommunikationszentrum der 1970er Jahre so, wie das eines riesigen Kreuzfahrtraumschiffs, das neben einer Hamburger Hafenbarkasse am selben Pier anlegt ...

es auch um den Alltag der Menschen gehen, die gesellschaftlichen Verhältnisse sollten bei der Begründung und Umsetzung von Kulturpolitik in den Blick genommen werden.

Anfang der achtziger Jahre entfalteten die Tagungen und Veranstaltungen der *Kulturpolitischen Gesellschaft* dementsprechend einen breiten Themenfächer. Die *Kulturpolitische Gesellschaft* ist damals wie heute nicht nur »am Puls« der Zeit und der öffentlichen Debatten, sondern vermittelt selbst immer wieder eigene Impulse für den öffentlichen (kultur-)politischen Diskurs. Hier nur eine Auswahl der Tagungsthemen der achtziger Jahre:

- Kulturarbeit als Arbeit für den Frieden,
- Zukunft der Arbeit – Zukunft der Kultur,
- Kulturentwicklungsplanung (Tagungen u.a. 1979 und 1981),
- Kulturarbeit von und mit Gastarbeitern (1982).

Inspiziert von den intellektuellen Impulsen der *Kulturpolitischen Gesellschaft* initiierte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre das *Nordrhein-Westfälische Kultursekretariat* das dreijährige Diskursprojekt »Kultur 90 Forderungen der Gesellschaft an die kommunale Kulturarbeit«. Kaum ein gesellschaftliches Wirkungsfeld wurde ausgelassen, um daraus Anforderungen an die Kulturpolitik abzuleiten. Dieses Großprojekt war von unserem Leitmotiv »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« durchdrungen. In der Abschlussveranstaltung und der Abschlussdokumentation wurden nicht nur erprobte Handlungsmodelle zusammengefasst, sondern es entfaltete sich auch ein neues Selbstbewusstsein, das in zehn Forderungen der Kulturdezernenten der dreißig beteiligten Städte ihren Ausdruck fand. Diese zehn Forderungen möchte ich wörtlich in Erinnerung rufen:

1. »Wir fordern: Politik und Verwaltung, Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren, Kollegen und Fraktionsvorsitzende, Minister und Abgeordnete sollten sich persönlich für die Kulturlange stark machen.«

2. »Wir fordern: Die Städte müssen Kulturarbeit als Pflichtaufgabe begreifen.«
3. »Wir fordern: Die für Kultur bereitgestellten Mittel müssen auf allen Ebenen deutlich vermehrt werden, 10% der kommunalen Verwaltungshaushalte müssen für die Kultur reserviert sein.«
4. »Wir fordern: Kulturausschüsse und Kulturverwaltungen müssen mit den besten, fachlich qualifizierten Leuten besetzt sein.«
5. »Wir fordern: Die künstlerische Praxis nicht nur in Theatern und Museen, in Orchestern und Musikschulen, sondern auch außerhalb kommunaler Einrichtungen muss als das Zentrum des kulturellen Lebens in unseren Städten anerkannt werden.«
6. »Wir fordern: Das »Bürgerrecht Kultur« muss im Planen und Handeln von Land und Städten noch stärker Beachtung finden.«
7. »Wir fordern: Unser Bildungswesen muss deutlicher als bisher dem kulturellen Auftrag verpflichtet werden, um Kulturarbeit beginnt immer von neuem mit Bildungsarbeit.«
8. »Wir fordern die Entwicklung einer kommunalen Medienpolitik als Teil der kommunalen Kulturpolitik.«
9. »Wir fordern konzertierte Aktionen für kommunale Kulturarbeit – Kultur und Wirtschaft derselbe Kampf.«
10. »Wir fordern: Kulturpolitik gehört ins Zentrum der Kommunalpolitik.«

Kulturbetrieb

Der Leitbegriff der Kulturpolitik im zweiten Jahrzehnt unserer Gesellschaft ist der »Kulturbetrieb«. Parallel zu den ausgreifenden Versuchen, Kulturpolitik gesellschaftlich zu begründen, fanden ökonomische Betrachtungsweisen zunehmend Eingang in kulturpolitische Begründungen und Analysen. Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Kultur wurde ebenso herausgearbeitet wie die Allianzen zwischen Kultur und Wirtschaft beschworen wurden.

Kulturmarketing und Zielgruppenanalyse waren die Themen. Dazu als Beispiele zwei Titel wichtiger Tagungen Ende der achtziger:

- Das neue Interesse an der Kultur – (Tagung in Oldenburg 1988),
- Lebensstil und Gesellschaft – Gesellschaft der Lebensstile (Tagung in Loccum 1990).

Gedanklich vorbereitet wurden auch die Gründungen der neuen Studiengänge für Kulturmanagement, die in den neunziger Jahren ihre »Gründerzeit« erleben sollten. Neue Steuerungsmodelle erhielten Einzug in den Kommunalverwaltungen. Management-Methoden und -Praktiken wurden im Hinblick auf ihre Anwendungen für Kultureinrichtungen überprüft. Ökonomisches Denken und ein von ökonomi-

scher Zweckrationalität geprägtes Handeln machten sich breit.

Nach dem Fall der Mauer und der Begründung der Deutschen Einheit war die *Kulturpolitische Gesellschaft* eine der ersten Organisationen, die den innerdeutschen Dialog mit Tagungen, Veröffentlichungen und der Öffnung für die neuen Bundesländer vorantrieb. Ich darf erinnern an die legendären Kolloquien »Kulturstaat Deutschland I und II« in der *Ev. Akademie Loccum* in den Jahren 1990 und 1991 unter der Leitung von Olaf Schwencke. Leider haben wir gleichwohl bis heute Defizite im Anteil ostdeutscher Kolleginnen und Kollegen in unserer Mitgliedschaft. Doch unser Diskurs mit den Freunden in Ostdeutschland, unsere dortigen Regiongruppen und die Veranstaltungen in Gesamt-Berlin haben neue Horizonte eröffnet.

Kulturevent

In den neunziger Jahren hat auch aufgrund der allgemeinen Entwicklung in der Gesellschaft das Erlebnis, das Event eine immer größere Bedeutung bekommen. Das neue Leitwort nach »Kulturarbeit« und »Kulturbetrieb« wird das »Kulturevent«.

Praktische Beispiele für Events mit sechsstelligen Besucherzahlen: Die Besucherrekorde von Wechselausstellungen im *Museum Folkwang* Mitte der neunziger mit jeweils über 500.000 Besuchern, die dann von der MOMA-Ausstellung in Berlin mit 1,5 Millionen noch weit übertroffen wurden, das Museumsuferfest in Frankfurt, die langen Kultur-Nächte in den Städten, die Musicalangebote kommerzieller Kulturunternehmer, die Auftritte der Drei Tenöre, Operaufführungen in Fußballstadien – die Liste ließe sich leicht verlängern. Mit der liebevollen Beschreibung eines Kommunikationszentrums durch Olaf Schwencke, das »Theater- und Filmvorführungen bietet; Filme, Zeitschriften, Bücher und Schallplatten für Jedermann zum Gebrauch hält, wo man außerdem Kaffee trinken und Kuchen essen und ein Bier trinken kann«, hat eine solche »Kultur für alle« durchaus noch eine innere Verbindung. Das Kulturevent ist Alltag. Einerseits sind Schwellenängste bei Theatern und Museen abgebaut und andererseits hat manch Kommunikationszentrum heute auch ebensolche.

Doch letztlich ist das Verhältnis der allerorten zu beobachtenden Kultureventmaschinerie zu einem soziokulturellen Kommunikationszentrum der 1970er Jahre so, wie das eines riesigen Kreuzfahrtschiffs, das neben einer Hamburger Hafenbarke am selben Pier anlegt ...

Bleiben wir im Bild: Wir wollen uns als kulturpolitische Lotsen betätigen und stellen dabei mitunter die »Stillstellung der Kultur bei forciertem Betrieb«¹ fest. In unserem Heimathafen gelingt es uns zwar, die Position zu bestimmen, doch draußen auf dem unend-

lichen Meer der all umfassenden Kulturgesellschaft scheinen andere Prinzipien zu gelten: die der Globalisierung, der Medialisierung, der Ökonomisierung, der Pluralisierung und der Individualisierung.

Kulturelle Orientierung – Kulturelle Bildung

So ist es nicht verwunderlich, dass wir derzeit immer stärker nach Orientierung suchen, eine Orientierung, die über den Heimathafen hinaus reicht: Als kulturpolitische Lotsen weisen wir darauf hin, dass Kultur Sinn und

Orientierung stiftet. Doch welche Orientierung haben wir selbst als Kulturpolitikerinnen und -politiker? Die Kulturbetriebsam-



keit allfälliger Kulturevents kann uns kaum grundlegende Orientierung geben. Wir spüren: Kulturpolitik darf sich nicht in Moderation erschöpfen. Und der einfache Ruf nach weiter so, Bestandserhalt oder mehr Geld bleibt inhaltsleer, ja kann im finanzpolitischen Gezänk leicht verhallen.

Brauchen wir zu unserer Orientierung eine Leitkultur? Dieser Begriff ist sicher nicht ganz unproblematisch. Doch ich halte es für zwingend erforderlich, kulturelle Werte zu vermitteln und Werthaltungen zu reflektieren. Kulturpolitik darf sich nicht um eine normative Begründung drücken, will sie nicht in postmoderne Beliebigkeit verfallen. (So ist etwa Sprache als verbindendes Element zu sehen und als Orientierungsmedium für die Verständigung verbindlich zu machen.)

Auf den Begriff der Leitkultur möchte ich hier nicht näher eingehen, sondern auf Leitbegriffe und unsere kulturpolitischen Leitbilder und dabei unseren Leitsatz »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« neu interpretieren.

Kulturgesellschaft – Kulturbürger – Kulturstaat

Kulturpolitische Wirkungen stellen sich im Wechselverhältnis von Kulturstaat, Kulturgesellschaft und Kulturbürger ein. Der Satz »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« geht davon aus, dass Kulturpolitik weitgreifende gesellschaftliche Wirkungen entfaltet. Doch wenn die Wirkung von Kunst und Kultur für das Individuum dabei ausgeklammert bleibt, werden ganz elementare Wirkungsmöglichkeiten außer Acht gelassen.

Übergabe der Geburtstagstorte durch die Hamburger Senatorin Karin von Welck an die Repräsentanten der Geburtstagskinder.

¹ Hajo Cornel: »Stillstellung der Kultur bei forciertem Betrieb. Von der Kultur für alle zur Kultur für alles«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 41 (II), 1988, S. 36–37

Kultur als Wirkungsfeld

Denken wir zurück an die achtziger Jahre, so wurden kulturelle Wirkungen nicht nur sozial idealisiert (Veränderungen zum Besseren), sondern Kultur wurde als ein Wirkungsfaktor für alle möglichen gesellschaftlichen Felder, auch wirtschaftliche Interessen gesehen: Kultur als Standortfaktor, Kultur als Imagefaktor, Kultur als Stadtentwicklungsfaktor, ja Kultur als Lebens- und Überlebensmittel. Manchmal ging es dabei mehr um »Kultur für alles« als um »Kultur für alle«.

Analysieren wir das Wirkungsverhältnis von Kultur und Gesellschaft näher, so kommen wir nicht



umhin, den Kulturbegriff einzugrenzen, abzugrenzen, ja möglicherweise zu definieren. Welche Wirkungen Kultur und Kulturpolitik in und für die Gesellschaft haben, kommt in der UNESCO Erklärung von 1982 zum Ausdruck. Danach ist Kultur zu verstehen »als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte ..., die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schließt nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen.«

tigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte ..., die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schließt nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen.«

Die Kulturgesellschaft hat ihren Ausgangspunkt »im herstellenden Handeln«, in der »Einbindung von künstlerischer, wissenschaftlicher Produktion in den gesellschaftlichen, politischen und sozialen Prozess (...) und befördert dadurch notwendige gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen«.²

Die heutige Kulturgesellschaft ist durch Globalisierung und Medialisierung geprägt. Die kreativen Klassen in unserer Gesellschaft sind dabei die entscheidenden Akteure. Von ihnen werden gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen im Sinne dieses herstellenden Handelns angestoßen.

Die Kreativen in der Werbung, in den Medien und Verlagen, in den Unternehmen und im Design, in der Musikwirtschaft und im Internet prägen unsere globalisierte und medial geprägte Kultur mehr als die Museumsdirektoren, Theaterintendanten, Leiter von soziokulturellen Zentren oder gar die Kulturpolitiker und -dezernenten. Wenn wir diese Erkenntnis nicht ernst nähmen, würden wir auch unseren gesellschaftspolitischen Anspruch nur begrenzt wahrnehmen.

Der Blick von Kulturpolitik wäre allzu eingengt, wenn sie sich nur als Politik für die schönen Künste oder auch nur für die Alltagskultur verstünde. Die Kulturgesellschaft insgesamt bleibt der Reflexionsraum für Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik. Doch sie ändert sich fortlaufend und erfordert auch einen veränderten Umgang mit Lebensformen und Grundlagen. Mit der Veränderung der Gesellschaft, mit Globalisierung, Medialisierung, Pluralisierung und Ökonomisierung müssen sich auch unsere kulturpolitischen Ansätze und Begründungen verändern.

Wir sollten die Neue Kulturpolitik als alte Kulturpolitik allerdings nicht einfach hinter uns lassen. Wir sollten uns daher fragen, ob wir in den nächsten 30 Jahren weiterhin immer von der »Neuen Kulturpolitik« als Grundlage unseres Selbstverständnisses sprechen sollten. Ich möchte vorschlagen, ein neues Leitbild zu entwickeln: Die aktivierende Kulturpolitik in einem aktivierenden Kulturstaat.

Handlungsfeld Kultur: Der Kulturbürger im Zentrum

Anhand des Handlungsfeldes Kultur und einzelner Gestaltungsfelder möchte ich verdeutlichen, dass wir mit kulturpolitischer Moderation alleine den Herausforderungen einer aktivierenden Kulturpolitik nicht gerecht werden. Meine Überzeugung ist, dass wir in der Kulturpolitik ohne normative Setzungen und ohne eine Auseinandersetzung mit Werthaltungen nicht auskommen. Wir brauchen eine Programmatik, die im Diskurs mit den vielfältigen Akteuren der kulturellen Öffentlichkeit normativ begründet wird.

Kulturpolitik hat drei wesentliche Gestaltungsfelder, die ihrerseits Kraftfelder individueller und gesellschaftlicher Wirkung sind:

- die Künste,
- das kulturelle Erbe (Geschichtskultur, Denkmalschutz etc.),
- die kulturelle Bildung.

Förderung der Künste, zu denen auch die Architektur zählt, ist eine Investition in das Humanvermögen der Gesellschaft. Sie hat in der Verantwortung gegenüber dem Freiheitsanspruch der Künste zu erfolgen, aber auch in der Sorge um die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, in der dieser Freiheitsanspruch geltend gemacht werden kann.

Was aber ist dieses »Humanvermögen der Gesellschaft«? Soll es uns gleichgültig sein, welche Formen von Kunst wir fördern, zumal deren Freiheit besonders geschützt ist auch vor unserem »Zugriff«? Wenn wir Kunst aber nur noch als Beiwerk oder Häppchen beim Kulturevent fördern würden, würde die »Häppchenkultur« zum Prinzip. Unser Prinzip sollte es indes sein, Kunst zu fördern, die zum Nachdenken und Vordenken anregt, die es vielleicht auch schwer hat, sich durchzusetzen. Für eine solche Ent-

² Adrienne Goehler, Verflüssigungen, 2006, S. 132 und 241

scheidung bedarf es eines Qualitätsurteils, also einer normativen Setzung.

Kraft der Erinnerung setzen wir uns in der Begegnung mit unserem kulturellen Erbe mit den Grundsatzzfragen auseinander: Woher kommen wir, wo stehen wir, wohin gehen wir?

Wenn wir Erinnerungskultur jedoch als Geschichtsfest zelebrieren, bei dem etwa mittelalterlich gewandete Marketenderinnen den Schnaps ausschänken und ein paar Krummhörner ihre windschiefen Töne blasen, hat das mit aktivierender Kulturpolitik in unserem Sinne wenig gemein. Uns sollte es vielmehr um Geschichtskultur gehen, die jeden Einzelnen auf eine eigene Zeitreise mitnimmt. Wir sollten uns befragen, wie wir mit den kollektiven Gedächtnisorten und -anlässen umgehen (Jubiläen, Holocaust-Mahnmal).

Die soziokulturellen Initiativen haben durch die Inwertsetzung alter Industriestandorte einen herausragenden Beitrag zu einem veränderten Bewusstsein in Stadtentwicklung und Baukultur geleistet. Das war eine normative Setzung ersten Ranges, die bis heute Wirkungen zeigt. *FABRIK* und *MOTTE* stehen hier in Hamburg dafür. Zahlreiche weitere Beispiele aus Deutschland ließen sich anführen, ich nenne nur die *Internationale Bauausstellung Emscher Park* im Ruhrgebiet, die diese Form der Umnutzung von Industriebauten und -brachen zum Prinzip erklärt hat, mit dem letztlich auch der Erfolg Essens und des Ruhrgebietes im Wettbewerb um die Europäische Kulturhauptstadt 2010 unter dem Motto »Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel« begründet wurde.

Auf das dritte Gestaltungsfeld der Kulturellen Bildung gehe ich sogleich näher ein.

Jetzt möchte ich uns zunächst erneut die Begrenztheit unserer Gestaltungsmöglichkeiten vor Augen führen, die es umso deutlicher werden lässt, dass wir eine konzise Programmatik entfalten sollten, die auf Wechselwirkungen ausgerichtet sein sollte.

Kultur als Handlungsfeld verstanden umfasst beileibe nicht nur die öffentlichen Kultur- und Kunsteinrichtungen. Die Medien, die Künste, die kulturelle Bildung und das kulturelle Erbe sind große Gestaltungsfelder im Handlungsfeld Kultur, die von einer Vielzahl von Akteuren mitgestaltet werden.

Jeder dieser Bereiche stellt ein eigenes Kraftfeld für gesellschaftliche und individuelle Wirkung dar. So ist die staatliche und kommunale Künstlerförderung ein kulturpolitisches Gestaltungsfeld, da Kulturpolitik über Konzepte, Ziele, Ressourcen, Rahmenbedingungen entscheidet und die Ausgestaltung festlegt. Die Kunst der (geförderten) Künstler ist ihrerseits ein Kraftfeld mit individueller und möglicherweise auch gesellschaftlicher Wirkung. Künstlerische Gestaltung löst Kräfte aus, die ihrer-

seits die Kultargesellschaft beeinflussen oder verändern können.

Eine Selbsterkenntnis ist: Kultur als Politikfeld hat sehr eng umgrenzte direkte Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten. Kulturpolitik des Staates erstreckt sich nur auf einen Ausschnitt des Handlungsfeldes Kultur. Die Instrumente der Aufgabenwahrnehmung liegen in der Steuerung und Ausrichtung von Kultureinrichtungen und Veranstaltungen, in der Kulturförderung, der kulturellen Ordnungspolitik und der Kulturstrukturpolitik. Kulturpolitik kann Programme und Maßnahmenkataloge beschließen, doch sind die Ressourcen im Verhältnis zum den Gesamthaushalten relativ gering. Die behaupteten immensen Wirkungen, die Kulturpolitik entfalten soll, stehen daher zu den vorhandenen Möglichkeiten zunächst in einem Missverhältnis.

Allzu leicht überschätzen wir daher auch die Wirkungen von Kulturpolitik im engeren Sinne auf die Gesellschaft insgesamt. Eine Evaluation würde uns die Augen öffnen. Umso wichtiger ist es, vor allem auf Wechselwirkung und Allianzen mit anderen Politikfeldern zu setzen:

- Eine »Aktivierende Kulturpolitik« zielt auf Wechselwirkungen in der Kultargesellschaft und auf Allianzen im Kulturstaat.
- Eine »Aktivierende Kulturpolitik« braucht dafür eine eigene gut begründete Position, aus der heraus agiert wird. Ohne Programmatik verkommt sie zur interessenlosen Moderation.
- Eine »Aktivierende Kulturpolitik« setzt Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik aber nicht nur als »kollektives Projekt« um, sondern aktiviert die Kulturbürger. Ohne eine darauf eingehende Programmatik verlöre sie sich im blinden Aktionismus.

Meine These ist: Die stärksten gesellschaftlichen Wirkungen lassen sich durch Ansprache der einzelnen Individuen erreichen. Beim Individuum liegen die kreativen Potentiale für unsere Kultargesellschaft.

Die Ausrichtung der Kulturpolitik auf ihre gesellschaftlichen Wirkungen hat in den 70er und 80er Jahren dazu geführt, dass die Wirkungen von Kunst, kultureller Bildung und Geschichtskultur auf das einzelne Individuum zu stark aus dem Blick geraten sind. Kultur für alle wurde allzu sehr als »Massenphänomen« angesehen. Die soziale Funktion von

Meine Überzeugung ist, dass wir in der Kulturpolitik ohne normative Setzungen und ohne eine Auseinandersetzung mit Werthaltungen nicht auskommen. Wir brauchen eine Programmatik, die im Diskurs mit den vielfältigen Akteuren der kulturellen Öffentlichkeit normativ begründet wird.

Musik wurde eher betont, denn ihre individuelle Wirkung. Merkwürdigerweise blieb der »Bildungsbürger« Leitmotiv der Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik. Albrecht Göschel hat uns hierfür die Augen geöffnet: Angebote sind meist nach dem Motto gestaltet worden »Meine Kultur für Alle«, um nicht zu sagen »Jedem das Seine, mir das Meiste«.

Ich sehe die Chance zu einem Paradigmenwechsel: Kulturpolitik wird als Gesellschaftspolitik nur dann erfolgreich sein, wenn sie das einzelne Individuum viel stärker als bisher in seiner Identität, Individualität und Kompetenz stärkt. Die bloße Teilhabe an Kulturangeboten reicht nicht hin. Kultur für alle nur als »Publikumsvergrößerungsstrategie« zu verstehen greift zu kurz. Das »Bürgerrecht Kultur« einzulösen, heißt nicht mehr Ereignisse zu produzieren, sondern die kulturelle Daseinsvorsorge für die Kulturbürger zu stärken, den Einzelnen zu aktivieren.

Wir sollten auch die Erkenntnis ernst nehmen, dass der bildungsbürgerliche Kanon angesichts von Globalisierung und Medialisierung, Pluralisierung und Individualisierung längst aus den Fugen geraten ist. Dieser kann nicht Leitlinie für eine zeitgemäße aktivierende Kulturpolitik sein. Ich möchte daher einen weiteren Paradigmenwechsel vorschlagen. Für eine auf das Individuum ausgerichtete Kulturpolitik ist nicht mehr der Bildungsbürger das zentrale Motiv, sondern der »Kulturbürger«. Der Einzelne ist durch seine Kultur geprägt, nicht allein durch Bildung, sondern auch durch Werthaltungen und Verhaltensweisen. So heißt es in der schon erwähnten UNESCO-Erklärung zur Kultur des einzelnen Menschen: »Erst durch die Kultur werden wir zu menschlichen, rational handelnden Wesen, die über ein kritisches Urteilsvermögen und ein Gefühl der moralischen Verpflichtung verfügen. Erst durch die Kultur erkennen wir Werte und treffen die Wahl.«

Sind wir uns hinreichend darüber bewusst, dass fünfzig Prozent der Bevölkerung an den öffentlichen Kulturangeboten nicht teilnehmen und so eine eindeutige Wahl treffen: Sie sind – wie es im Marketingdeutsch heißt – die »Nichtnutzer«. Je nach Perspektive können wir urteilen: »immerhin« fünfzig Prozent oder »leider nur« fünfzig Prozent. Die Annahme des ständig wachsenden kulturellen Interesses der Menschen ist für die letzten dreißig Jahre empirisch nur in soweit belegbar, als wir nicht nur die öffentlichen Kulturangebote in Blick nehmen dürfen, sondern die Freizeitbetätigung insgesamt. Allerdings ist der erwartete »Fahrstuhl-Effekt« offensichtlich nicht

eingetreten, dass der erreichten Fülle und Vielfalt des mit öffentlichen Mitteln vorgehaltenen Kulturangebotes, das zweifellos angewachsen ist, ein entsprechender Anstieg in der Partizipation neuer und weiterer Bevölkerungskreise gegenübersteht.

Kulturelles Interesse ist nach wie vor ein knappes Gut. Vermittlung, Marketing und wie auch immer wir es nennen wollen sind zentrale Aufgaben. Doch noch wichtiger ist es, die individuelle Wirkung eigenen kulturellen Tuns in den Blick zu nehmen. Kulturelle Bildung setzt hier an.

Kulturstaat und kulturelle Bildung

Heute können wir noch nicht sicher prognostizieren, welcher Leitbegriff im bevorstehenden vierten Jahrzehnt der KuPoGe prägend sein wird. Doch meine These ist, dass es nach Kulturarbeit, Kulturbetrieb und Kulturevent die identitätsstiftende »Kulturelle Bildung« sein wird. Das sage ich heute hier gerne auch als Referenz an Hamburg, das Frau Senatorin von Welck zur Modellregion kultureller Bildung in Deutschland ausgerufen hat. Wir haben gerade auch in der *Kulturpolitischen Gesellschaft* lange auf dieses Ziel hingearbeitet mit

Statt Kompetenzentflechtung, Zuständigkeitszuordnung und Aussortierung von kultureller Bildung als Länderangelegenheit, die von diesen gleich weitergereicht wird an die finanzschwachen Kommunen, brauchen wir eine kulturstaatliche Kraftanstrengung.

zahlreichen Publikationen, Tagungen, Erklärungen und fortlaufender Thematisierung in den »Kulturpolitischen Mitteilungen«. Und inzwischen hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass kulturelle Bildung ein Schlüsselthema für

unsere Zukunft ist. Wir sollten die kulturelle Bildung forcieren, damit jeder Einzelne so medien- und kulturkompetent wird, dass er im Meer der Medienüberflutung, der kulturellen Vielfalt und Angebote nicht ziellos herumgetrieben wird oder havariert, sondern vor Anker gehen oder auch sicheren Boden unter den Füßen bekommen kann.

Kulturelle Bildung aktiviert den Kulturbürger mit seinen mentalen und kreativen Potenzen und Kompetenzen.

Allzu lange haben wir Kulturpolitiker Kulturelle Bildung als Aufgabenfeld allein jenseits von Schule definiert. Das war auch ein Essential der »Neuen Kulturpolitik«, das es in einer »Aktivierenden Kulturpolitik« zu korrigieren gilt. Der Kulturstaat Deutschland hat es zugelassen, dass die kulturelle Bildung in unserem Bildungssystem geschwächt wurde (Unterrichtsausfall in Kunst und Musik). Viel früher hätten wir eine stärkere Allianz zwischen Kultur- und Bildungspolitik begründen müssen. Nur so lässt sich erklären, dass der Kulturstaat Deutschland kulturelle Bildung bis heute leider nur als eine »freiwillige Leistung« definiert. Diese wird obendrein

von finanzschwachen Kommunen in Musikschulen und Kunstschulen oder Stadtteilbibliotheken wahrgenommen, die häufig genug Existenznöten ausgesetzt sind. Und ich erlebe nach wie vor, dass alle von kultureller Bildung reden, doch kaum einer den Mut hat, hier grundlegende gesetzliche Regelungen einzufordern. Wenn wir kulturelle Bildung nicht als Beiwerk, sondern als Substanz verstehen, ist eine nachhaltige Veränderung der Schulprogramme nötig. Wir brauchen Investitionen in Räume und dauerhafte Personalressourcen. Wir benötigen dafür nur vergleichbare Volumina, wie sie die Programme zur Computer- und Internetausstattung von Schulen nach dem Motto »Schulen ans Netz« ausgelöst haben. In einer Allianz aus Wirtschaft, Eltern und Bildungspolitikern sind vor zehn Jahren dafür milliardenschwere Programme aus dem Boden gestampft worden.

Doch solche Programme bedürfen einer Programmatik, die vom Kulturbürger als Motiv ausgeht. Es sollte uns dabei keineswegs nur um eine Anhebung der Zahl von tanzenden und musizierenden Kindern gehen. Dies würde viel zu kurz greifen – leider scheinen einige Politiker hier mit aktionistischen Programmvorgaben allein Quantitäten im Blick zu haben. Entscheidend ist es, die individuellen und gesellschaftlichen Wirkungen in den Blick zu nehmen. Dabei wird sehr schnell klar, dass die eigene künstlerische Betätigung auch ethische Fragestellungen berührt: Umgang mit dem Anderen und Fremden, Sensibilität und Toleranz, Respekt und Erkennen der eigenen Begrenztheit etc. Auch die Sparten-erweiterung üblicher Programme ist zu bedenken: Warum spielen Architektur und ästhetische Gestaltung unserer Umwelt (Design) nicht eine viel größere Rolle in der kulturellen Bildung? Auch die Geschichtskulturarbeit, die über das Lernen historischer Daten hinausgeht, gehört zur Gesamtpalette kultureller Bildung in diesem Sinne.

Ich erhebe heute erneut die Forderung nach umfassenden Programmen für die kulturelle Bildung in Deutschland und hoffe sehr, dass endlich auch kommunale Spitzenverbände, Kultusministerkonferenz und Föderalismusfanatiker einsehen, dass es sich hierbei um eine gesamtstaatliche Pflichtaufgabe handelt. Statt Kompetenzentflechtung, Zuständigkeitszuordnung und Aussortierung von kultureller Bildung als Länderangelegenheit, die von diesen gleich weitergereicht wird an die finanzschwachen Kommunen, brauchen wir eine kulturstaatliche Kraftanstrengung. Es lohnt sich: Kulturelle Bildung vermittelt Kulturkompetenz. Wir brauchen kompetente Kulturbürger in unserer medialisierten und globalisierten Kulturgesellschaft. Kulturkompetenz ist die schönste Form der Freiheit in einer medial verfassten Gesellschaft. Kulturkompetente Bürger werden sich wirklich orientieren können. Und sie können als kreative Klasse eine gesellschaftliche Wirkung ent-



fallen, die unserem Leitsatz »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« alle Ehre macht.

Aktivierender Kulturstaat, Kulturelle Grundversorgung und Verantwortungspartnerschaft

Leitbild statt Leitkultur: Aktivierende Kulturpolitik in einem aktivierenden Kulturstaat

Kultur ist ein öffentliches Gut, Kulturgestaltung ist eine öffentliche Aufgabe. Kulturpolitik basiert auf einem Verfassungsauftrag. Worin liegt der öffentliche Gestaltungsauftrag? Der Kulturstaat Deutschland ist verpflichtet, Kultur zu schützen und zu fördern. Dies sollte nicht nur aus Landesverfassungen und mittelbar aus Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts abgeleitet werden. Es ist an der Zeit, in das Grundgesetz ein Staatsziel »Kultur« einzuführen so wie die Enquete-Kommission es vorgeschlagen hat: Der Staat schützt und fördert die Kultur.

Wir haben in der *Kulturpolitischen Gesellschaft* in den letzten zwei oder drei Jahren, aber auch in anderen Kreisen intensiv darüber diskutiert, wie sich der öffentliche Auftrag, den der Kulturstaat Deutschland, den Staat und Kommunen wahrzunehmen haben, herausarbeiten lässt und ob dafür die Stichworte Sicherung der kulturellen Infrastruktur, kulturelle Daseinsvorsorge und kulturelle Grundversorgung geeignet sind. Sie kennen meine Position dazu und die Diskussionslinien. Ich möchte natürlich diese Gelegenheit einer Grundsatzrede nicht verstreichen lassen, ohne erneut dafür zu werben, die öffentliche Pflichtaufgabe kultureller Daseinsvorsorge herauszustellen – gerade auch in einer Stadt wie Hamburg, deren Kulturleben durch starkes bürgerschaftliches Engagement geprägt ist. Mit bürgerschaftlichem Engagement, mit der Bürgergesellschaft alleine lassen sich die gesellschaftlichen Herausforderungen der medialisierten und globalisierten Kulturgesellschaft allein nicht bestehen. Alle Kulturbürger, gerade auch

Gut ausgelastet war die FABRIK während der gesamten Plenarveranstaltungen.



Blick in den Innenraum der FABRIK

die Jüngsten mit kultureller Bildung umfassend anzusprechen, ist keine Privatsache, sondern ein öffentlicher Auftrag.

In einem wohlverstandenen Modell zur Sicherung der kulturellen Grundlagen liegt die Chance begründet, kommunitaristisches Denken und die Betonung der bürgerschaftlichen Eigenaktivität produktiv zu machen und dabei zugleich die Risiken des Kommunitarismus zu begrenzen. Dessen zentrales Problem liegt ja darin, dass aktive und einflussreiche gesellschaftliche Gruppen einseitig bevorzugt werden. Gerade deshalb ist eine steuernde und das heißt bisweilen auch gegensteuernde Funktion demokratisch legitimierter Instanzen unverzichtbar.

Das Gegensatzpaar »Etatismus« und Obrigkeitsstaat auf der einen und aktive Bürgergesellschaft auf der anderen Seite ist in einer wohlverstandenen »Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik« aufzulösen: Es geht darum, dass der Kulturstaat als aktivierender Kulturstaat verstanden wird: Kommunale Selbstverwaltung, kooperativer Kulturföderalismus und die Aktivierung der Kulturbürger sind die Leitvokabeln eines solchen Kulturpolitikverständnisses.

Ich wundere mich schon, dass manche, die früher noch für eine detaillierte Kulturentwicklungsplanung eingetreten sind, heute denjenigen, die öffentliche Verantwortung für die Sicherung der kulturellen Infrastruktur einfordern, »Etatismus« vorwerfen. Denn eines ist klar: Kulturelle Daseinsvorsorge kann heute auch nicht nur in alleiniger Regie und Verantwortung von Staat und Kommunen wahrgenommen werden. Es bedarf der Verantwortungspartnerschaft bei der Wahrnehmung des öffentlichen Gestaltungsauftrages.

Kulturpolitik hat daher nicht nur eine inhaltliche, sondern auch eine prozessuale und strukturelle Dimension: Die vielfältigen Akteure sind in den kulturpolitischen Willensbildungsprozess einzubeziehen und der Kulturstaat entscheidet auch darüber, in welchen Strukturen und mit welcher Verantwort-

teilung nicht nur zwischen den staatlichen Ebenen, sondern auch zwischen Staat, Markt und drittem Sektor andererseits das Kulturangebot und das kulturelle Leben gestaltet werden.

Vermittlerrolle der Kulturpolitik

Daher kommt Kulturpolitik zuallererst eine Vermittlerrolle zu: Sie vermittelt zwischen Kulturgesellschaft einerseits und Kulturstaat andererseits; zwischen gesellschaftlicher Situation als Wirkungsfeld und staatlichem/kommunalem Handeln im Hinblick darauf.

Kulturpolitik sorgt auch für die Vermittlung zwischen den am Kulturprozess beteiligten Akteuren. Die Partizipation der Nutzer und Besucher von Kultureinrichtungen ist ebenso bedeutsam wie die Beteiligung von kulturellen Vereinigungen, freien Gruppen, Künstlern und Kulturschaffenden.

Kulturstaat Deutschland in Europa

Aktivierende Kulturpolitik findet nicht nur *im* Kulturstaat Deutschland statt, sondern auch *für* den Kulturstaat Deutschland – sie hat eine europäische und internationale Dimension, bei der insbesondere auch Identität und Integration als Leitvokabeln einer (europäischen) Kulturpolitik angesprochen sind. Die Europäische Stadt kann für die Entwicklung einer an Identität und Integration ausgerichteten europäischen Kulturpolitik Ausgangspunkt und Anwendungsfall sein, repräsentiert sie doch die in Bauten und Baukultur geronnene europäische Geschichte. Der Dialog der europäischen Kulturmetropolen könnte daher der Nukleus für eine aktivierende europäische Kulturpolitik sein. Wir werden bei der Mitgliederversammlung im Herbst, mit dem Kongress 2007 und im Zusammenhang der Kulturhauptstadt Ruhr 2010 diese Fragestellungen ansprechen.

Zusammenfassende Thesen

1. Die Neue Kulturpolitik hat uns unseren Leitsatz »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« geschenkt. Er ist im Sinne einer »Aktivierenden Kulturpolitik« neu zu interpretieren, denn die Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren zum Teil radikal gewandelt. Kulturpolitik hat ein weites Wirkungsfeld, das es zu reflektieren gilt und von Globalisierung, Medialisierung, Pluralisierung, Ökonomisierung und Individualisierung geprägt wird. Die Gestaltungs- und Kraftfelder umfassen nur einen Ausschnitt, wozu vor allem die Künste, das kulturelle Erbe und die kulturelle Bildung gehören.
2. Aktivierende Kulturpolitik wird größere gesellschaftliche und individuelle Wirkungen angesichts begrenzter Ressourcen und Gestaltungsmöglichkeiten nur dann entfalten, wenn sie auf Wechselwirkungen setzt und kreative Allianzen begründet.

3. Die medialisierte und globalisierte Kultargesellschaft wird von kreativen Klassen geprägt, die nicht nur in öffentlichen Kultureinrichtungen, sondern in allen möglichen Institutionen und Unternehmen agieren. Sie sind mit dem klassischen Begriff des Bildungsbürgers eben sowenig zu erfassen, wie die, die die öffentlichen Kulturangebote erst gar nicht wahrnehmen.
4. Das Individuum mit seinen kreativen und mentalen Kompetenzen sollte im Zentrum einer aktivierenden Kulturpolitik stehen. Der vertieft zu entwickelnden Programmatik für die kulturelle Bildung sollte als Leitmotiv der mündige »Kulturbürger« zugrundegelegt werden – ein aktiver Kulturbürger, der Kulturstaat und Kultugesellschaft verantwortlich mitgestaltet. Kulturelle Bildung ist in den nächsten Jahren das zentrale Gestaltungsfeld einer aktivierenden Kulturpolitik, die insoweit auch auf eine Änderung und Allianz des Bildungssystems setzen sollte.
5. Aktivierende Kulturpolitik erfüllt das Leitbild des aktivierenden Kulturstaates auf Basis eines öffentlichen Gestaltungsauftrages. Dazu gehören normative Entscheidungen, die sich in einer Programmatik ausdrücken, welche im Diskurs in der kulturellen Öffentlichkeit entwickelt wird. Insoweit kommt Kulturpolitik eine Vermittlerrolle innerhalb der Kultur- und Bürgergesellschaft zu. Der öffentliche Gestaltungsauftrag ist auch darauf ausgerichtet, die kulturelle Grundversorgung zu garantieren und auszugestalten, wozu auch die Begründung von Verantwortungspartnerschaften mit anderen Akteuren und Vereinigungen im Handlungsfeld Kultur gehört.

Kreative Allianzen – Kultur als Motor der Stadtentwicklung

Kulturpolitik kann ihre ureigenen Gestaltungsfelder erweitern, indem sie mit anderen Politikfeldern Allianzen eingeht. Besonders wirkungsvoll sind Allianzen mit den Bereichen Jugend, Schule und Stadtentwicklung.

Einer dieser Allianzen ist der heutige Themenschwerpunkt unserer Tagung gewidmet: Kultur als Motor der Stadtentwicklung. Mit diesem Thema lässt sich unsere 30jährige Diskurs- und Praxisgeschichte mit einem Bogen überspannen. Stadtentwicklung war von jeher ein Thema der Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik. Allerdings haben sich die Prämissen verändert. Wurde in den 70er Jahren von der Stadtentwicklung gefordert, »dass die Förderung besserer sozialer und kultureller Bedingungen für alle Bürger und die Förderung der Chancengleichheit als wesentliche Entscheidungskriterien in die Gesamtplanung eingehen« (Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung), stehen heute eher die standortbezogenen wirtschaftlichen Aspekte im

Kontext einer kommunalen Identitäts- und Imagepolitik. Der interkommunale Wettbewerb ist schärfer geworden und führt mitunter auch zu neuerlichen Instrumentalisierungen der Kulturpolitik. Ein neues Konzerthaus, ein Museum oder ein Festival wird oft eher mit Standortargumenten oder ökonomischen Imperativen begründet, denn mit den Wirkungen für die Kulturkompetenz des Einzelnen.

Hamburg lässt sich als ein Anwendungsfall aktivierender Kulturpolitik studieren, vor allem im Hinblick auf die mehrfach angesprochenen Wechselwirkungen:

- Modellregion Kulturelle Bildung – Kreative Allianzen zwischen Kultur und Schule,
- Elbphilharmonie als Projekt der Bürgerschaft und der Stadtentwicklung,
- Hafencity mit neuen Arbeitsplätzen für Kreative,
- Stadtentwicklungsprojekte in der und für die Kultugesellschaft.

Damit sind drei Fragen verknüpft, wie wir kreative Milieus in unserer Kultugesellschaft schaffen können, die ein herstellendes Handeln ermöglichen, die Einbindung von künstlerischer und wissenschaftlicher Produktion in den gesellschaftlichen, politischen und sozialen Prozess.

Lassen wir uns ein auf die Frage danach, wie wir Räume schaffen können in den Städten für kulturelle Eigenbetätigung, nicht nur für Feste und Events, sondern gerade auch in

Schulen, Kindergärten aber auch in Museen, Theatern und Stadtteilzentren. Wie können wir unsere Architektur so gestalten, dass den Wirkungsmächten der Künste, der kulturellen Bildung und der Geschichtskultur möglichst viel Raum gegeben wird, damit die Kulturbürgerinnen und -bürger sich aktiv entfalten können.

Und fragen wir schließlich danach, wie Ziele, Konzepte, Leitbilder und Profile unserer Städte und unseres Staates insgesamt so ausgerichtet werden können, dass die kulturelle Daseinsvorsorge gesichert wird und wir alle mentalen und kreativen Kräfte unserer Kultugesellschaft mobilisieren.

Lassen Sie uns in unserer KuPoGe über die Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik immer wieder neu nachdenken und unserem Leitsatz immer wieder neuen Sinn geben. Denn Kultur macht Sinn, schafft Sinn und gibt uns Orientierung. Dabei kommt es in der Kulturpolitik nicht nur auf Standfestigkeit, sondern auch auf Denkfähigkeit an (Hermann Glaser).

So rufe ich allen heutigen Jubilaren zu: vivat, crescat, floriat! Wir brauchen Euch auch in den nächsten Jahrzehnten als Motoren einer aktivierenden Kulturpolitik!

Die Partizipation der Nutzer und Besucher von Kultureinrichtungen ist ebenso bedeutsam wie die Beteiligung von kulturellen Vereinigungen, freien Gruppen, Künstlern und Kulturschaffenden.